

**Ausführungsgesetz
zum Bundes-Immissionsschutzgesetz
und zum Benzinbleigesetz
(AGImSchG)**

Vom 4. Juli 1994

Der Sächsische Landtag hat am 26. Mai 1994 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Immissionsschutzbehörden

Immissionsschutzbehörden sind

1. das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft als oberste Immissionsschutzbehörde,
2. die Landesdirektion Sachsen als obere Immissionsschutzbehörde,
3. die Landkreise und Kreisfreien Städte als untere Immissionsschutzbehörden,
4. das Sächsische Oberbergamt in Angelegenheiten, die der Bergaufsicht unterliegen,
5. das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie als besondere Immissionsschutzbehörde.¹

§ 2

Sachliche Zuständigkeit

(1) ¹Den unteren Immissionsschutzbehörden obliegt die Ausführung des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und des **Benzinbleigesetzes** vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234), das zuletzt durch Artikel 102 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie der aufgrund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen, soweit nichts anderes bestimmt ist. ²Die Zuständigkeit der Gemeinden nach § 47e Absatz 1 des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** bleibt unberührt. ³In Angelegenheiten, die der Bergaufsicht unterliegen, nimmt das Sächsische Oberbergamt die Aufgaben der oberen und unteren Immissionsschutzbehörde wahr. ⁴Ändert sich im Laufe des Verfahrens die Zuständigkeit, kann die bisher zuständige Behörde im Benehmen mit der nunmehr zuständigen Behörde unter Wahrung der Interessen der Beteiligten das Verfahren zu Ende führen, wenn dies der einfachen und zweckmäßigen Verfahrensführung dient.

(2) Die unteren Immissionsschutzbehörden sind Marktüberwachungsbehörden für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, mit Ausnahme von Schienenfahrzeugen und Binnenschiffen, im Sinne

1. der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53, L 231 vom 6.9.2019, S. 29), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/1068 (ABl. L 230 vom 30.6.2021, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
2. der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung, soweit die Verbrennungsmotoren in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2016/1628 fallen.

(2a) Einheitliche Stelle nach § 10 Absatz 5a und § 23b Absatz 3a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist die für die Genehmigung nach § 10 Absatz 1 oder § 23b Absatz 1 des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** zuständige Immissionsschutzbehörde.

(3) ¹Abweichend von Absatz 1 Satz 1 und § 4 kann das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft die Zuständigkeit für einzelne Aufgaben durch gesonderte Entscheidung

bestimmen. ²Aufgaben im Sinne von Satz 1 sind solche,

1. die sich aus Änderungen immissionsschutzrechtlicher Vorschriften oder aus Neuregelungen ergeben oder
2. die in Betriebsstätten wahrzunehmen sind, die anteilig unter Bergaufsicht stehen.

³Eine Entscheidung nach Satz 1 kommt insbesondere in Betracht, wenn sie die Verwaltungsleistung verbessert, vereinfacht, wirtschaftlicher oder bürgernäher gestaltet. ⁴Im Falle des Satzes 2 Nummer 1 können die Aufgaben der obersten oder oberen Immissionsschutzbehörde oder dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie übertragen werden; diese Übertragung gilt bis zu einer Regelung der Zuständigkeit durch Rechtsverordnung, längstens jedoch für einen Zeitraum von neun Monaten. ⁵Im Falle des Satzes 2 Nummer 2 kann bestimmt werden, dass die Aufgaben dem Sächsischen Oberbergamt für die gesamte Betriebsstätte obliegen.

(4) ¹Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie ist für die Erstellung der Lärmkarten von Hauptverkehrsstraßen nach § 47c Absatz 1 des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** die zuständige Behörde, mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen von Gemeinden mit eigener Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen. ²Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie erstellt die Lärmkarten im Benehmen mit den betreffenden Gemeinden. ³Diese haben die für die Lärmkartierung notwendigen Daten, soweit vorhanden, zu übermitteln. ⁴Im Übrigen bleibt die Zuständigkeit der Gemeinden nach § 47e Absatz 1 des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** unberührt.

(5) ¹Die den Landkreisen und Kreisfreien Städten übertragenen Aufgaben sind Weisungsaufgaben. ²Das Weisungsrecht ist unbeschränkt. ³Die Befugnis, sich unterrichten zu lassen, erstreckt sich auf alle Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Fachaufsichtsbehörde erforderlich sind, insbesondere auch zur Erstellung von Fachplanungen, Berichten und Verwaltungsstatistiken.²

§ 3 Erstattung

(1) Soweit die untere Immissionsschutzbehörde bei Wirtschaftsakteuren Auslagen für die Beauftragung von technischen Diensten für physische Laborprüfungen oder den Erwerb von mobilen Maschinen und Geräten im Rahmen der Marktüberwachung nach § 2 Absatz 2 nicht erheben oder betreiben kann, erstattet die oberste Immissionsschutzbehörde diese jährlich für das vorangegangene Kalenderjahr, wenn

1. die Prüfung nach § 2 Absatz 2 Nummer 1 eine Konformität des Verbrennungsmotors ergibt oder
2. die Erhebung oder Beitreibung aus Gründen, die von der zuständigen Behörde nicht zu vertreten sind, nicht möglich war.

(2) Die untere Immissionsschutzbehörde hat bis zum 31. August des dem für die Entstehung der Auslagen maßgeblichen nachfolgenden Kalenderjahres das Vorliegen der Voraussetzungen für die Erstattung zu begründen und die betreffenden Rechnungen vorzulegen.

(3) Soweit die untere Immissionsschutzbehörde nach Erhalt der Erstattung eine weitere Kompensation erlangt, hat sie den erstatteten Betrag zurückzuerstatten.³

§ 4 Verordnungsermächtigung

(1) Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft kann durch Rechtsverordnung die Zuständigkeiten für den Vollzug der Aufgaben abweichend von § 2 Absatz 1 Satz 1 und 3 sowie Absatz 2 bestimmen. Dabei soll es Aufgaben nur dann auf sich selbst, die Landesdirektion Sachsen oder das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie übertragen, wenn sie nicht von den Landkreisen und Kreisfreien Städten sowie vom Sächsischen Oberbergamt zuverlässig und zweckmäßig erfüllt werden können, insbesondere wenn die Aufgaben von landesweiter oder überregionaler Bedeutung sind.

(2) Soweit durch die Rechtsverordnung Zuständigkeiten des Sächsischen Oberbergamtes berührt sind, ist sie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu erlassen.³

§ 5 Verwaltungsvorschriften

¹Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft erlässt die zur Ausführung des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes**, des **Benzinbleigesetzes** und der aufgrund dieser Gesetze

ergangenen Verordnungen erforderlichen Verwaltungsvorschriften. ²Soweit hierdurch in Angelegenheiten, die der Bergaufsicht unterliegen, Verfahrensfragen berührt sind, sind die Verwaltungsvorschriften im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu erlassen.⁵

§ 6

Anwendung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Störfall-Verordnung auf nicht gewerbliche Betriebsbereiche

(1) Für eine Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs nach § 3 Absatz 5a des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** ist, die nicht gewerblichen Zwecken dient und die nicht im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Verwendung findet, gelten

1. § 15 Absatz 2a, §§ 16a, 17 Absatz 1 und 4 Satz 2, § 19 Absatz 4, § 20 Absatz 1a, §§ 23a bis 25a, 29a, 30, 31 Absatz 2a, § 52 Absatz 1 Satz 1 bis 4, Absatz 2, 4 Satz 1 und 3, Absatz 5 bis 7 sowie § 62 Absatz 1 Nummer 2, 4a bis 7, Absatz 2 Nummer 1b und 4 sowie Absatz 3 des **Bundes-Immissionsschutzgesetzes** und
2. die Vorschriften der **Störfall-Verordnung** in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), die zuletzt durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

entsprechend.

(2) ¹Zuständig für die Wahrnehmung von Aufgaben nach Absatz 1 sind die nach den Vorschriften dieses Gesetzes sowie der auf dessen Grundlage erlassenen Verordnungen zuständigen Behörden. ²Die Zuständigkeitsregelungen zu den in Absatz 1 für anwendbar erklärten Vorschriften gelten entsprechend.⁶

§ 7

In-Kraft-Treten

¹Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

²Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.⁷

Dresden, den 4. Juli 1994

**Der Landtagspräsident
Erich Iltgen**

**Der Ministerpräsident
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**

**Der Staatsminister
für Umwelt und Landesentwicklung
Arnold Vaatz**

-
- 1 § 1 geändert durch **Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Mai 2004** (SächsGVBl. S. 148, 150), durch **Artikel 66 des Gesetzes vom 29. Januar 2008** (SächsGVBl. S. 138, 185), durch **Artikel 53 des Gesetzes vom 27. Januar 2012** (SächsGVBl. S. 130, 148), durch **Gesetz vom 11. Mai 2018** (SächsGVBl. S. 286) und durch **Gesetz vom 23. März 2022** (SächsGVBl. S. 256)
 - 2 § 2 geändert durch **Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Mai 2004** (SächsGVBl. S. 148, 150), durch **Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 2004** (SächsGVBl. S. 245, 264), durch **Artikel 66 des Gesetzes vom 29. Januar 2008** (SächsGVBl. S. 138, 185), durch **Artikel 53 des Gesetzes vom 27. Januar 2012** (SächsGVBl. S. 130, 148), durch **Gesetz vom 11. Mai 2018** (SächsGVBl. S. 286), durch **Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022** (SächsGVBl. S. 144) und durch **Gesetz vom 23. März 2022** (SächsGVBl. S. 256)
 - 3 § 3 eingefügt durch **Gesetz vom 23. März 2022** (SächsGVBl. S. 256)
 - 4 § 4 eingefügt durch **Gesetz vom 23. März 2022** (SächsGVBl. S. 256)
 - 5 § 5 (bisher § 3) geändert durch **Artikel 66 des Gesetzes vom 29. Januar 2008** (SächsGVBl. S. 138, 185), durch **Gesetz vom 11. Mai 2018** (SächsGVBl. S. 286) und durch **Gesetz vom 23. März 2022** (SächsGVBl. S. 256)
 - 6 § 6 (bisher § 4) eingefügt durch **Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 2004** (SächsGVBl. S. 245, 264), geändert durch **Artikel 66 des Gesetzes vom 29. Januar 2008** (SächsGVBl. S. 138, 185), durch **Gesetz vom 11. Mai 2018** (SächsGVBl. S. 286) und durch **Gesetz vom 23. März 2022**

(SächsGVBl. S. 256)

7 bisheriger § 5 wird § 7 durch **Gesetz vom 23. März 2022** (SächsGVBl. S. 256)

Änderungsvorschriften

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

Art. 4 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148, 150)

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

Art. 3 des Gesetzes vom 24. Juni 2004 (SächsGVBl. S. 245, 264)

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

Art. 66 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 185)

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

Art. 53 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, 148)

Erstes Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

vom 11. Mai 2018 (SächsGVBl. S. 286)

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

Art. 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144)

Zweites Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz

vom 23. März 2022 (SächsGVBl. S. 256)